

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:
Gebr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Litzsch

Abonnementspreis: einschließlich Frangierlohn in der Woche v. 15. 6. 21. September
1200 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 700 000.— M.
Einzelnnummer 600 000.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Abonnementspreis: die Halbjahrs. Kopierzeitung 400 000.— M., auswärts
480 000.— M., die Spezial. Kassenzeitung 1 600 000.— M., auswärts 2 000 000.—
Ausl. 1 600 000 u. 4 800 000 M. Bei mehrmal. Aufgabe Ermäßig. Familien-
angeh. Straßen u. Mietzettel 40 Wag. Rab. für Brieflieferbez. 100 000 M.

Nr. 216

Dresden Sonnabend den 15. September 1923

34. Jahrg.

Die kritischste Periode des Reiches

Erklärungen des Reichsfinanzministers Hilferding — Die gigantischen Lasten des Ruhrkampfes — Der beispiellose Volksbetrug durch die Notenpresse — Harte Droffelmassnahmen für die Ausgaben als letzter Rettungsversuch

In einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und Finanzpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gaben der Finanzminister Hilferding und der Reichswirtschaftsminister v. Kaumer mehrere Erklärungen ab. Hilferding wies darauf hin, wie große Kosten heute das Reich aufwenden müsse. Natürlich, so führte er aus, können nicht mit einem Male alle Ausgaben für das besetzte Gebiet aufgehoben werden. Es sei aber jetzt ein Weg gefunden, auf dem man zu erheblichen Einsparungen der Summen kommen werde, die in das besetzte Gebiet fließen. Hilferding hofft, daß dadurch die Lage auf dem Devisenmarkt geändert wird. Es sollen überhaupt die allgemeinen Ausgaben bis auf das Maß, das für die unmittelbare Erhaltung des Reiches notwendig sei, gedrosselt werden. Der Finanzminister hofft, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit eine bedeutende Einschränkung der Inflation erreichbar sein wird. Der Reichswirtschaftsminister v. Kaumer sprach dann noch besonders über die Lage auf dem Devisenmarkt, die deswegen so ungünstig sei, weil die Ausfuhr stark zurückgegangen, die Einfuhr aber konstant geblieben sei.

Genosse Hilferding geht bei seinen Ausführungen von der Anschauung aus, daß man durch eine Drofflung der Inflation, durch Einschränkung des Papiergeldumlaufs, zu einer Besserung unserer Lage kommen könne. Gewiß hat die Art und Weise, wie in den letzten Monaten Papiergeld in die Welt hinausgeschleudert wurde, viel dazu beigetragen, die Wertsenkung zu beschleunigen. Dadurch sind offenbar im Reich viele Kapitalisten in den Stand gesetzt worden, Devisen zu sammeln, die sonst nicht in der Lage gewesen wären, und das muß in Zukunft unter allen Umständen verhindert werden. Im übrigen aber muß man sich darüber klar sein, daß man der Papiergeldvermehrung nicht Einhalt gebieten kann, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, der Ausfuhrbewegung der Devisen Halt zu geben. Heute ist der Kreislauf etwa folgender: es steigen zunächst die Devisenkurse, und da jetzt unser ganzes inländisches Preisniveau vom Dollar regiert wird, auch die Preise. Steigen aber die Preise und damit auch die Löhne, so ist ein erhöhter Bedarf nach Umlaufmitteln da, der auf irgendeine Weise befriedigt werden muß, wenn nicht die schwersten Störungen in der Wirtschaft eintreten sollen. Augenblicklich haben wir gemessen an den Preisen, nicht zu viel sondern zu wenig Papiergeld, sonst könnten wir nicht so empfindlich unter dem Mangel an Umlaufmitteln leiden. So lange der im wesentlichen durch die Höhe der Löhne und die ohne gegebene Zahlungsmittelbedarf der Wirtschaft nicht gedeckt ist, so lange muß in irgendeiner Form Papiergeld in die Wirtschaft hineingedrückt werden. Darum kommt man nicht herum.

Deswegen kommt alles darauf an, daß man das Verhältnis von Nachfrage und Angebot auf dem Devisenmarkt ändert. Die Beschränkung der Kredite für das Rheinland mag ein Mittel zur Verminderung der Devisennachfrage und zur Vermehrung des Devisenangebots sein, aber wir glauben nicht, daß es genügt. Der Kampf gegen die Geldentwertung kann nur mit Erfolg geführt werden, wenn man alle erdenklichen Mittel anwendet, um die Verhältnisse auf dem Devisenmarkt zu ändern. Der Reichswirtschaftsminister v. Kaumer hat natürlich recht, wenn er sagt, daß man nicht die ganze Einfuhr droffeln kann. Was wir an Nahrungsmitteln und Rohstoffen unbedingt brauchen, müssen wir einführen. Um so mehr wäre es nötig, daß man die Einfuhr und den Verbrauch von entbehrlichen Dingen zu vermindern sucht, daß man ferner dafür sorgt, daß unsere Getreide- und Kartoffelernte zunächst der Befriedigung des menschlichen Bedarfs dient und nicht zu viel veräußert wird, damit wir nicht wieder große Mengen Getreide aus dem Ausland einführen müssen. Hilferding sprach davon, daß für unsere Städte Gefahr bestehe, daß sie von Nahrungsmitteln entbehrt würden, weil die Bayern ihr Getreide nicht mehr abgeben wollen. Es müßte, wenn es auch schon reichlich hat ist, doch noch versucht werden, in irgendeiner Form Getreide und Kartoffeln für die Städte zwangsweise zu erfassen. Woher man unter den heutigen Umständen allerdings darauf verzichten müßte, die Gerüche dieser Rohstoffe wesentlich unter dem Weltmarktpreis zu fordern. Dazu müßte Kleinigkeit die ja jetzt von Stresemann versprochene Erfassung der Sachwerte kommen. Könt man das energisch zu, so würde man einen Teil der Ersorgung der Sachwerte zur Bekämpfung von Devisen für die Führung unserer Währungsverwaltung können, ohne daß man deswegen darauf zu verzichten brauchte, die Sachwertverfassung zur Lösung des Reparationsproblems nutzbar zu machen. Nur wenn man alle notwendigen Mittel der Wirtschaft, Finanz- und Währungspolitik gleichzeitig anwendet, wird es möglich sein eine Gesundung unserer so verzerrten Wirtschaftsverhältnisse anzubahnen.

Hilferding sprach u. a. auch darüber, daß dem Reich die Wirtschaftskraft auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu viel koste. Die Wohnungsabgabe komme kaum in Betracht und die meisten Bauten würden jetzt einfach mit Werten des Reiches errichtet. Der jetzt bestehende Zustand ist allerdings

unerträglich. Wir hoffen aber, daß Hilferding nicht das ganze Zufuhrsystem abschaffen und die freie Wohnungswirtschaft einführen will. Man erhöhe endlich die Wohnungsabgabe so, daß wirklich in nennenswertem Umfang gebaut werden kann. Wir erkennen nicht, daß hierdurch eine empfindliche Belastung für die Bevölkerung eintreten würde, wir glauben aber, daß sich die Bevölkerung damit abfände, wenn sie sieht, daß endlich etwas Durchgreifendes geschieht, um das immer unerträglicher werdende Wohnungselend zu mildern.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers

Berlin, 14. September. In der gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates am 12. September über die Entscheidung des Währungsausschusses vom 7. September gab der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding

Erklärungen über die Währungsfrage und Finanzlage des Reiches. Nachdem der Minister die bisherige Stellung der Regierung zur Währungsfrage dargelegt hatte, führte er aus:

Die Finanzlage des Reiches ist so, daß wir an der Ausgaben, als die zur Erhaltung des Reiches notwendigen, nicht werden leisten können. Die bedeutendsten Ausgaben sind die für die Ruhr. Wir haben von Anfang der Ruhraktion an erheblich große Summen für Lohnversicherungen, für Erwerbslosenfürsorge usw. zu zahlen gehabt. Man kann sagen, daß seit die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete zum großen Teil durch Reichsmittel ernährt wird. Mehr noch: wir haben auch in steigendem Maße das Betriebskapital für dieses Gebiet aufbringen müssen. Es gibt keinen Absatz, es gibt keinen Verkauf. Die Werke arbeiten auf Lager oder sie beschäftigen die Arbeiter in irgendeiner Weise, ohne daß in Wirtschaftliche Produkte hergestellt werden. Die Werke halten also keine Einnahmen und fordern, daß die Löhne und auch die Kosten für die Beschäftigung der Arbeiter schließlich vom Reich getragen werden. Darüber hinaus werden Reichsmittel von einem großen Teil der gesamten Bevölkerung beansprucht. Vielleicht ist es etwas übertrieben, aber nach den Darstellungen, die mir zuteil geworden sind, beziehen in immer größerem Maße, zum Beispiel auch Angehörige der freien Berufe, Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler usw. — bei ihrer sehr sehr prekären Lage — Unterstützung aus Reichsmitteln. Es kommt hinzu, daß auch der Handel in Form von Krediten Betriebskapital vom Reich erhalten hat. Das ist ein Zustand, den ich vorzuziehen habe. Die Abhilfe ist schwierig, da wir im Ruhrgebiet keine eigene Verwaltung mehr haben. Die Beamten sind ausgewichen. Die teilweise Einschränkung aller Ausgaben im besetzten Gebiet ist von außerordentlicher politischer Tragweite.

Die Lösung des Ruhrkonflikts muß im Wege von beschleunigt geführten Verhandlungen gesucht werden.

Das liegt selbstverständlich zuerst im deutschen Interesse, aber auch nicht minder im französischen, ja in dem aller Staaten, denn ein völliger Abbruch würde verhängnisvolle Folgen haben. Es läßt sich aber den Schwierigkeiten sozialen Erschütterungen, Würden wir aber rein mechanisch alle Kredite abschaffen, dann ist die Gefahr da, daß die ohnehin sehr erregte Bevölkerung das nicht versteht, daß die Einfüsse der Rechts- und Linkradikalen auf diese Bevölkerung stärker werden, daß wir dort also zu höchst gefährlichen Störungen und Unruhen kommen. Auf der anderen Seite kann die Finanzwirtschaft nicht gerettet werden, wenn diese Ausgaben in der bisherigen Weise fortgehen. Gerade auch im Hinblick auf die Lage auf dem Devisenmarkt. Die sehr starken Devisenankorderungen an der Börse werden in Zusammenhang gebracht mit den starken Ausschüttungen im besetzten Gebiet. Aber ich glaube, es ist jetzt ein Weg gefunden, auf dem wir zu erheblichen Einsparungen der Summen kommen werden, die in das besetzte Gebiet fließen.

Weiter muß ich erklären, daß auch alle anderen Ausgaben bis auf das Maß, das für die unmittelbare Erhaltung des Reiches notwendig ist, gedrosselt werden müssen. Ich habe eine Reihe bestimmter Maßnahmen im Auge, die eine starke finanzielle Wirkung haben werden. Es werden

harte Maßnahmen

sein. Über sie werden und müssen durchgesehen werden, denn sonst wird niemand die Verantwortung für die Führung des Finanzministeriums übernehmen können. Eine bedeutende Einschränkung der Inflation wird in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich sein. Es muß mit der ganzen Dotationswirtschaft, mit dieser ganzen Unterhaltungs- und Wirtschaft gebrochen werden. Die den Pauschalen zahlen wir fast die ganzen Bauten aus Reichsmitteln, ein Betrag, der jetzt in die Kassen geht und für den Deckung nicht vorhanden ist. Hier muß sofort und ebenfalls unter Distanzierung von Pedanten Abhilfe geschaffen werden. Es muß endlich die Abrechnung in die Volkskassen hineingetragen werden, daß es keine schlimmere und

keine ärgere Steuer gibt als die Inflationssteuer.

Demgegenüber ist jede Steuererhöhung eine Wohltat, die man dem Volke erweist, ist eine jede Ausgabebeschränkung, wenn sie im ersten Augenblick noch so hart scheinen mag, auf die Dauer ein Dienst am Volke gegenüber dem Fortrasen dieser Wurmzucht: der Notenpresse. Wenn das nicht in die Hände des Volkes freigegeben wird, wenn das Volk bei diesen Droffelmassnahmen nicht mittut, dann gibt es für uns

überhaupt keine Rettung mehr.

Es ist die Aufgabe aller Wirtschaftskreise, der Gewerkschaften, der Industriellen, der Landwirtschaft, diese Abrechnung in die Massen zu bringen und ihnen zu sagen, daß es überhaupt nur auf diese Weise eine Hilfe gibt. Man muß verstehen lernen, daß eine unabhängige und ehrliche Finanzverwaltung allein der Weg ist, der zum Ziele führt. (Lebhafte Zustimmung.)

Schwere Erwerbslosigkeit macht produktive Erwerbslosenfürsorge notwendig. Aber sie erfordert zunächst das Licht der Besinnung der hohen Unterführung. Das kann nicht bloß das Reich tun. Die Länder und Kommunen müssen wieder die Verantwortung für ihre Ausgaben erhalten.

Zwei Gefahren sehe ich: Erstens eine Zurückhaltung der Ernte. Wenn man vielleicht auch psychologisch begreifen kann, daß der Landwirt angesichts der schmerzlichen Währung seine Erzeugnisse zurückhält, so ist es doch die denkbar größte Gefahr, die uns augenblicklich bedroht, wenn die Städte von Nahrungsmitteln entbehrt sind. Ich möchte die Vertreter der Landwirtschaft dringend bitten, in ihren Kreisen alles daran zu setzen, daß dieser Ausfluß in die Städte erfolgt. Und noch ein anderes: es ist ganz sicher, daß Republiktendenzen für die Papiermarkt bestehen, (Republikation heißt: Verweigerung der Zahlungsmittelanzahme wegen gänzlicher Wertlosigkeit. Red.), aber man soll das jetzt nicht übertrieben und man soll keine Panikstimmung in der Währung unterhalten. So lange die Papiermarkt geordnete Zahlungsmittel bleibt, kann eine völlige Entwertung der Papiermarkt nicht eintreten. Man soll der Bevölkerung, hat sie fortwährend zu sagen: jetzt kommt ein neues Zahlungsmittel und das wird die Rettung bringen, ganz offen sagen, daß auch das neue Zahlungsmittel allein nicht sofort Rettung bringen kann, sondern daß dazu die anderen Maßnahmen notwendig sind, von denen ich früher gesprochen habe. Es handelt sich augenblicklich um die kritischste Periode, die seit Gründung des Reiches überhaupt da war, vielleicht um

die kritischste Periode, die in der Existenz eines Reiches je vorgekommen ist.

Von diesem Bewußtsein muß man erfüllt sein, und man muß sich klar sein, daß jetzt keine Zeit ist für irgendetwas anderes, als dafür zu sorgen, daß

der Bürgerkrieg, das Chaos vermieden wird,

daß wir über diese Zeit hinwegkommen müssen, die wir brauchen, um die außenpolitische Lösung zu finden, und daß wir dann erst die Grundlage haben werden, auf der eine entsprechende konsequente Aufbaubarkeit möglich ist. Die Vertreter der Wirtschaft und alle müssen bedenken: Wenn das Reich zugrunde geht, gibt es keine deutsche Wirtschaft nicht mehr. Alles, was Sie heute erfahren, ist nichts anderes als die Versicherung, die Sie sich selbst geben. Auf der anderen Seite können Sie überzeugt sein, daß alles geschieht, was menschenmöglich ist, um diese zwei Bedingungen zu erfüllen: die außenpolitische Lösung und die finanzpolitische Festigung. (Lebhafte Bravo!)

Dann sprach Wirtschaftsminister v. Kaumer über die Devisenfrage.

Savensteins Nachfolger

Der Sozialdemokratische Parlaments-

dient sendet folgende Erklärung:

„Wo bleibt der Direktor Savensteins? wird vielfach gefragt, und die Note Savensteins macht weiterhin tagtäglich ihre Schöße über das dreitägige Ultimatum der Sozialdemokratie. Bitte — wer zuletzt lacht, lacht auch diesmal am besten. Herr Savensteins geht, sobald ein Nachfolger gefunden ist! Das ist so sicher wie zweimal zwei vier und damit hat auch unser ultimative Forderung ihren Zweck erreicht. Als Nachfolger eignen sich aber weder der Oberredakteur der roten Fahne, noch jene Kritiker, die ewig nörgeln, und da diese Herrschaften ferner auch kaum fähig sein dürften, einen Erfolg für Savensteins vorzubringen, der bereit wäre, dessen traurige Erbschaft zu übernehmen, müssen sie schon den verantwortlichen Stellen die Suche nach dem neuen Mann überlassen. Das ist nicht leicht, aber immerhin glauben wir, daß Herr Savenstein bald in Urlaub geht und in seiner Abwesenheit ein Mann, der sich während des Krieges in einer hervorragenden Stelle als Wirtschaftler ausgezeichnet hat, an seine Stelle tritt.“

Wir wollen über die Form dieser Erklärung nicht rechten, halten aber fest, daß endlich ein Nachfolger Savensteins energig gesucht und aufgefunden auch gefunden ist. Nur wenn die noch nicht genannte Persönlichkeit sich als der rechte Mann am rechten Platz erweisen sollte, wird man der wirklich langen Zeit des Suchens milder gedenken können.

Berlin und Paris

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Verhandlungsbereitungen nehmen, so weil die Reichsregierung in Betracht kommt, ihren Fortgang. Scheinbar unter dem Druck der Wirtschaftler ist auch die französische Regierung jetzt offiziell bereit, der deutschen Regierung die Überwindung des letzten Hindernisses zu Verhandlungen nicht mehr allzu schwer zu machen. Zuvor schloß sie jedoch auf die Forderung des Volksparteipostens in Paris Wert zu legen, um so die Möglichkeit eines Gedankenkreislaufes mit einer deutschen Anticritik zu haben, die ihr Vertrauen genießt. Selbstverständlich darf die eingeleitete Diskussion an einer Formalität nicht scheitern. Gleichwohl sollte sie schnell erfüllt werden. Auch wir sind der Auffassung, daß durch die Beilegung der Verhandlung in Paris mit einem Mann, der als Verhandlungspolitiker gilt, Deutschlands Interessen jedenfalls mehr gebiert werden kann, als es durch den deutsch-nationalen Vorkämpfer v. Goebbels in Paris jemals der Fall sein könnte.

erlanitz
altunter
Sautzen,
atbank
utzen:
ealergasse
afts-
Meissen
en und
lag
strasse 2a
Zeugen
ner
Hauptbhf.
16
17790
de
De haut
not
g
A.G.
Barth
ndlung
adekoks
on 19 508
piergroß-
ndlung
ten Tages-
zialofferten
m. b. H.
artonnagen
zeitung
G. m.
b. H.
Die Ver-
ger Qualität